



Haushalts- und Finanzausschuss

51. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

Zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit:

Ausschuss für Kommunalpolitik

61. Sitzung (öffentlich)

26. Juni 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU) (HFA)
Christian Dahm (SPD) (AKo)

Protokoll: Franz-Josef Eilting, Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

7

Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion **beschließt** der Ausschuss, **TOP 5 bis 8 im Anschluss an TOP 1 zu beraten.**

1 Gesetz über die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LBS)

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4774

Ausschussprotokoll 16/564 (Anhörung vom 22. Mai 2014)

Auswertung der Anhörung

Abschließende Beratung und Abstimmung

¹ vertraulicher Teil mit TOP 21 und 22 siehe vAPr 16/29

Der **Ausschuss für Kommunalpolitik empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen bei Enthaltung der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/4774 zustimmen**.

Der **Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt** dem Landtag ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen bei Enthaltung der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/4774 anzunehmen**.

5 Transparente Veräußerung von Grundstücken sicherstellen 11

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4828

Vorlagen 16/1879 und 16/2026

Information 16/170 (Neudruck)

Abschließende Beratung und Abstimmung

Ziffer II.1 des Antrags der Fraktion der CDU **Drucksache 16/4828** wird vom HFA einstimmig **angenommen**.

Die **Ziffern II.2, II.3 und II.4 des Antrags Drucksache 16/4828** werden jeweils mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten **abgelehnt**.

In der **Gesamtabstimmung empfiehlt** der HFA dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, den so geänderten **Antrag Drucksache 16/4828 abzulehnen**.

6 Arbeitsschutz effizient gestalten 16

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3446

Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AGS-Ausschuss)

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, zu dem Antrag Drucksache 16/3446 **kein Votum abzugeben**.

7 Gesetz zur Offenlegung der Bezüge von Sparkassenführungskräften im Internet **17**

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4165

Ausschussprotokoll 16/475 – Anhörung

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion, den **Gesetzentwurf** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/4165 abzulehnen**.

8 Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für schulische Inklusion **21**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5751

Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an ASchW)

Der **Antrag** von Dietmar Schulz (PIRATEN), **auf ein Votum zu verzichten**, wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten **abgelehnt**.

Der Haushalts- und Finanzausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und der Piraten, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/5751 anzunehmen**.

2 Veränderungen im Aufsichtsrat der Portigon AG im laufenden Jahr 2014 **24**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2005

Nachfragen von Ralf Witzel (FDP) zu der Vorlage werden von Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans und LMR Joachim Stapf (FM) beantwortet.

- 3 Finanzielle Risiken für die Rechtsnachfolgerin der WestLB, namentlich die Portigon AG, durch den Zinsmanipulationsskandal. Welche Risikovorsorge wird betrieben? 27**

Sachstandsbericht der Landesregierung
Vorlage 16/2006

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) antwortet auf Nachfragen aus dem Ausschuss und wird, soweit möglich, ergänzend berichten.

- 4 Portigon AG 31**

Vertrauliche Vorlage 16/64

Zunächst wird über die Frage diskutiert, wie weit das in der vertraulichen Vorlage Mitgeteilte als „vertraulich“ einzustufen ist. Zu den in der weiteren Diskussion aufgeworfenen inhaltlichen Fragen nimmt Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) Stellung.

- 9 Sukzessive Rückgabe der Vollbanklizenz der WestLB/Portigon AG im Kontext der erfolgten Gründung der Portigon Financial Services (PFS): Zeitlicher Fahrplan, Zielsetzungen und bereits erfolgte Einstellung des klassischen Vollbankgeschäfts 56**

Vorlage 16/2012

Nachfragen von Ralf Witzel (FDP) werden von LMR Joachim Stapf (FM) beantwortet.

- 10 Regionalisierte Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 58**

Bericht der Landesregierung

- Bericht von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) 58
- Aussprache 58

- | | | |
|-----------|---|-----------|
| 11 | Entwicklung des Landeshaushalts im Ist zum 31. Mai 2014 | 61 |
| | Vorlage 16/2018 | |
| | Kurze Erörterung. | |
| 12 | Finanzielle Auswirkungen der BAföG-Übernahme durch den Bund | 62 |
| | Vorlage 16/2007 | |
| | Nachfragen aus dem Ausschuss werden von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) beantwortet. | |
| 13 | Höhe des durch Manipulationen an Registrierkassen entstandenen Schadens | 64 |
| | Bericht des Finanzministeriums | |
| | – Bericht von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) | 64 |
| | – Aussprache | 65 |
| 14 | Ursachen und Hintergründe der verspäteten Gehaltszahlung an nordrhein-westfälische Landesbedienstete | 67 |
| | Vorlage 16/1971 | |
| | Ralf Witzel (FDP) erbittet eine ergänzende Auskunft. | |
| 15 | Deutliche Zunahme der Kontoabfragen im Geschäftsbereich des Finanzministeriums: Ursachen, Hintergründe und Auswirkungen dieser Entwicklung | 68 |
| | Vorlage 16/1970 | |
| | Kurze Erörterung. | |
| 16 | Anmeldung zum Rahmenplan 2014 bis 2017 nach § 7 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) | 69 |
| | Vorlage 16/1916 | |

Der Ausschuss **nimmt Vorlage 16/1916 zur Kenntnis.**

17 Unterbringung der Ressorts der Landesregierung – Regierungsviertel **70**

Vorlagen 16/1922 und 16/1996

Nachfragen zu den Vorlagen werden von MDgt Dr. Lukas Mangelsdorff (FM) beantwortet.

18 Auskunftersuchen der EU-Kommission vom 07.03.2014 an die Bundesrepublik Deutschland zur Behauptung über die Gewährung von staatlichen Beihilfen im Zusammenhang mit der Privatisierung der Westfälischen Provinzial **71**

Vorlage 16/1939

Auf Nachfragen von Ralf Witzel (FDP) antworten Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans und LMR Joachim Stapf (FM).

19 Kassenabschluss 2013 **74**

Vorlage 16/1934

Nachfragen zur Vorlage werden von den Vertretern des Finanzministeriums beantwortet; eine Information soll nachgeliefert werden.

20 Telefonische Erreichbarkeit des LBV und Entwicklung der Anrufbearbeitung mit Fallzahlen **75**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2025

Kurze Diskussion.

20a Verschiedenes **77**

8 Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für schulische Inklusion

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5751

Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an ASchW)

Vorsitzender Christian Möbius legt dar, dieser Gesetzentwurf sei am 14. Mai 2014 vom Plenum zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Kommunalpolitik und den HFA überwiesen worden. Der federführende Ausschuss habe am 25. Juni unter nachrichtlicher Beteiligung des HFA eine öffentliche Anhörung dazu durchgeführt.

In der Sitzung am 22. Mai habe man sich im HFA bereits darauf verständigt, nicht die Fertigstellung des Protokolls über die Anhörung abzuwarten, sondern bereits in der heutigen Sitzung ein Votum an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung abzugeben; denn dort seien die abschließenden Beratungen für den 2. Juli vorgesehen. Auch hier gebe es die Möglichkeit, die Mitberatung dadurch abzuschließen, dass man auf ein Votum verzichte.

Die **SPD-Fraktion** spricht sich dafür aus, zu votieren.

Ralf Witzel (FDP) trägt vor, es gebe zwar partielle Verbesserungen und ein partielles Entgegenkommen der Landesregierung gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden; aus der Sicht der FDP-Fraktion bestehe aber weiterhin eine klare Unterfinanzierung bezüglich der Kosten der Inklusion.

Das Land habe es mit seiner Gesetzgebung in der Hand, den Zeitplan und das Tempo der Inklusion vorzugeben und so auch die für die nachgelagerten Instanzen damit verbundenen Kosten zu steuern. Wenn man die Inklusion mit derart großen Schritten vollziehen wolle, wie es jetzt vorgesehen sei, werde der Prozess natürlich teurer, als wenn man ihn längerfristig anlegte.

Die Verständigung mit den kommunalen Spitzenverbänden sei auch dadurch zustande gekommen, dass der SPD-Fraktionsvorsitzende Römer die klare Ansage gemacht habe: Entweder wird der Kompromiss akzeptiert, oder es gibt nichts. – Von daher sei die Verständigung nicht bei allen Beteiligten auf Glückseligkeit gestoßen und nicht ganz freiwillig zustande gekommen. Im Hinblick auf die großen Herausforderungen und angesichts des Zeitdrucks halte die FDP-Fraktion das Inklusionsvorhaben für klar unterfinanziert.

(Widerspruch von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Er erkläre es gerne noch einmal: Die Frage, wie hoch die Kosten ausfielen, habe das Parlament mit seiner Gesetzgebung in der Hand, indem es nämlich festlege, wie der Prozess gesteuert werde. Wenn ein längerer Zeitraum vorgesehen werde, könn-

ten die jetzt vorgesehenen Gelder eine ganz andere Wirkung entfalten als bei diesem forcierten Tempo. Es müsse also nicht insgesamt erheblich teurer werden, sondern es sei auch die Frage der Ausgestaltung; bei einer längeren Umsetzungsphase könne das Ziel unter Einhaltung der Qualität auch erreicht werden.

Angesichts des Tempos, das die Koalition festgelegt habe, sei das Vorhaben unterfinanziert. Herr Mostofizadeh kenne sicherlich auch die Berechnungen für die Stadt Essen. Wenn man die Beträge hochrechne, reichten die Mittel, die das Land insgesamt zur Verfügung stelle, für die Kosten vor Ort nicht aus.

Dietmar Schulz (PIRATEN) macht zum Verfahren deutlich, die Anhörung zu diesem Gesetzentwurf habe gestern am späten Nachmittag stattgefunden. Heute bereits ein Votum abzugeben, wo noch nicht einmal die Möglichkeit bestanden habe, in der eigenen Fraktion eine Auswertung vorzunehmen, halte die Piratenfraktion für außerordentlich bedenklich. Er bitte deshalb darum, heute kein Votum abzugeben.

Michael Hübner (SPD) entgegnet, über den ausgehandelten, guten Kompromiss zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der Landesregierung habe man sich seines Erachtens hinlänglich auseinandergesetzt. Es liege auch eine Unterrichtung der Landesregierung darüber vor, sodass die Fraktionen eine Meinungsbildung hätten herbeiführen können.

Etwas überrascht sei er über die Einlassung von Herrn Witzel, dass die Kommunen unterfinanziert seien, wobei er offenbar meine, dass die FDP-Fraktion in der Vergangenheit dazu nichts beigetragen habe.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werde ein guter Weg beschritten. Die Geschwindigkeit habe damit zu tun, dass man zum kommenden Schuljahr die Ermöglichung des Ausgleichs gegenüber den Kommunen gewährleisten wolle. Die Anhörung habe zu dieser Frage ein sehr einvernehmliches Ergebnis erbracht, was auch darin begründet sei, dass die kommunalen Spitzenverbände mehrfach mit den Koalitionsfraktionen in kommunikativen Prozessen zusammen gewesen seien; es habe ja auch entsprechende Presseveröffentlichungen gegeben.

Er meine von daher, dass der Haushalts- und Finanzausschuss votieren könne.

André Kuper (CDU) kann die Einlassung von Herrn Schulz durchaus nachvollziehen. Die Äußerungen der anderen verstehe er aber nicht so ganz. Wer die gestrige Anhörung verfolgt habe, habe feststellen müssen, dass es eine intensive Diskussion beispielsweise darüber gegeben habe, ob bei der Kostenverteilung das Schulträgerprinzip oder das Wohnortprinzip maßgeblich sein solle. Auch innerhalb der Regierungsfractionen sei darüber diskutiert worden, was richtig sei. Von daher könne er nur empfehlen, den Gesetzentwurf ohne Votum weiterzugeben.

Im Übrigen sei von den kommunalen Spitzenverbänden deutlich darauf hingewiesen worden, dass die Vereinbarung nicht darüber hinwegtäuschen dürfe, dass die verfassungsrechtlichen Bedenken bezüglich des Gesetzgebungsverfahrens nach wie vor aufrechterhalten würden. Die CDU-Fraktion sehe das genauso.

Vorsitzender Christian Möbius lässt abstimmen.

Der **Antrag** von Dietmar Schulz (PIRATEN), **auf ein Votum zu verzichten**, wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten **abgelehnt**.

Dietmar Schulz (PIRATEN) erklärt daraufhin zum Abstimmungsverhalten, dass sich seine Fraktion heute weder für eine Zustimmung noch für eine Ablehnung entscheiden könne, sondern sich bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf ohne weitere politische Aussagekraft enthalten werde.

Der Haushalts- und Finanzausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und der Piraten, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/5751 anzunehmen**.

